

Liebe Genossinnen und Genossen



sicher habt ihr auch die Umfrage gesehen, nach der jeder dritte Mensch in Deutschland glaubt, wir lebten in einer „Scheindemokratie“. Was macht das mit einem? Meine Reaktion war zweigeteilt.

Zum einen natürlich Entsetzen. Selbstverständlich leben wir in einer Demokratie und zwar in einer der besten und stabilsten weltweit. Und viele von denen, die daran angeblich zweifeln, tun alles, um die Demokratie hier bei uns

abzuschaffen. Mit Verschwörungstheorien, Verleumdungen und einer absurden Anbetung von angeblichen Heilsbringern wie Trump oder Putin. Diese Vollpfosten, die allwöchentlich wahlweise für die AfD, gegen Coronamaßnahmen oder seit neuesten mit Russlandflaggen unsere Innenstädte verunzieren, sind schwer zu ertragen. Und ich bin sehr froh, dass unsere Innenministerin Nancy Faeser da einen ganz anderen Blick drauf hat, als ihre Vorgänger.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Kreisparteitag in Krisenzeiten	2
Schultablets: Anschaffung auf Pump ist nicht nachhaltig	6
Flüchtlingshilfe ganz konkret	7
Kaputte Bundeswehr Dank Union	9
Dividende statt Wohlstand	10
Ein Radwegenetz „für den Alltagsverkehr“	10
Es liegt in der DNA dieser Partei	13
Das SPD-Intranet ist ein Rotes Netz	14
Rückständiges Deutschland	16
Medien-Ecke: Doxing	17
Mitgliederstatistik, Termine	19
Impressum	21

Zum anderen die Erkenntnis, dass sich dringend etwas ändern muss. Auch in unserer Demokratie. Wir haben eine repräsentative Demokratie, das heißt, wir bestimmen außer in seltenen Ausnahmefällen nicht selber, sondern wählen Vertreter, die in unserem Sinne entscheiden sollen. Und wie in einer Demokratie üblich, sollte dabei das geschehen, was die Mehrheit gerne möchte.

Nur leider passiert das in letzter Zeit zu häufig nicht. Die Mehrheit möchte ein Tempolimit. Die Mehrheit möchte eine Impfpflicht. Die Mehrheit möchte, dass die Coronamaßnahmen sie weiterhin schützen. Doch nichts davon wird umgesetzt.

Das Drama um die Impfpflicht, bei dem es insbesondere der CDU nur wieder darum ging, dem politischen Gegner eine reinzuwürgen, anstatt seinem politischen Auftrag und seiner Verantwortung gerecht zu werden, war ein Trauerspiel. Solche Dinge beschädigen unsere Demokratie und das Vertrauen in sie. Und da müssen wir sehr aufpassen.

Noch müssen wir nicht bei jeder Wahl zittern wie die Franzosen. Ich möchte nicht erleben müssen, dass es soweit kommt.

Herzliche Grüße

Bül Stunede.



Kreisparteitag in Krisenzeiten

Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald traf sich Ende März zum ersten Kreisparteitag des Jahres. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen ein ausführlicher Bericht aus dem Innenministerium durch die parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, sowie der Ukraine-Krieg und der Umgang mit ihm.



Kreisvorsitzende Birte Könnecke begrüßte die Delegierten und dankte dem Ortsverein Gundelfingen für die hervorragende Organisation und Bewirtung in der Turn- und Festhalle.



Bürgermeister Raphael Walz berichtete in seinem Grußwort aus aktuellem Anlass zunächst über solidarische Aktionen, wie Wohn- und Hilfsangebote für die Ukraine-Flüchtlinge in der Gemeinde. Außerdem stellte er kurz heraus, welche Themen in der Gemeinde politisch derzeit wichtig sind. Walz sprach über die Knappheit des bezahlbaren Wohnraums und bekundete seine Freude darüber, dass der letztjährige Bürgerentscheid knapp für die Erschließung eines neuen Baugebiets entschied. Außerdem berichtete er von Gesprächen

mit Landwirten und den bereits jetzt deutlich spürbaren Auswirkungen der Klimaerwärmung. Walz drückte seinen ausdrücklichen Wunsch für mehr Engagement beim Thema erneuerbare Energien im Landkreis aus.



„Ich glaube, ich bin immer da, wo es Krisen gibt“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter zu Beginn ihrer Rede. In der letzten Legislaturperiode noch parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium und damit unmittelbar mit dem Klimawandel befasst, kämpfte sie in den ersten Monaten im Innenministerium vor allem gegen die Radikalisierung in den Protestbewegungen gegen die Corona-Politik. Schwarzelühr-Sutter berichtete von einer Durchmischung in der „Querdenker“-Bewegung von Reichsbürgern, Rechtsextremen und sonstigen Schwurblern, die eine Demokratiegefährdung darstellt, da im Grundsatz die Legitimität des Staates in Frage gestellt wird. „Wir brauchen eine

wehrhafte Demokratie, die Gefährdungen im Ansatz bekämpft“, so Schwarzelühr-Sutter.



Zusammenhängend damit, stellte Schwarzelühr-Sutter den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vor, der vom Innenministerium in den letzten Monaten entworfen wurde. Sie benennt die Gewalt von rechts als eindeutig größte Gefahr für die Demokratie in unserem Land. „Die öffentlich sichtbaren Taten aus Hanau, Kassel und Halle müssen die letzte Warnung sein“, so Schwarzelühr-Sutter und beschrieb anschließend den Plan, der unter anderem vorsieht, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen, deren Finanzströme zu stoppen und Rechte konsequent aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Außerdem stellte sie klar, dass der Schutz von Mandatsträgern, Bürgermeistern und ehrenamtlichen Helfern gewährleistet sein muss. „Fackelzüge und Sachbeschädigungen vor und an Wohnhäusern von Personen, die etwas für unsere Gesellschaft tun, sind ein direkter Angriff auf unsere Demokratie.“

Die aktuelle Krise, ausgelöst vom Angriffskrieg in der Ukraine, beschreibt Schwarzelühr-Sutter als große Herausforderung. „Wir sehen das Leid der Flüchtenden in Tausenden von Einzelfällen“, so Schwarzelühr-Sutter. Sie berichtete von inzwischen circa 270.000 geflüchteten Personen in Deutschland und sprach einen ganz besonderen Dank an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aus. Außerdem lobte sie die neue Kultur im Innenministerium, von oben vorgelebt durch Innenministerin Nancy Faeser. „Diese Kultur kommt auch in den internationalen Gesprächen an“, freut sich Schwarzelühr-Sutter im Bezug darauf, dass alle EU-Staaten ihren Teil zur Aufnahme von geflüchteten Menschen beitragen.

Im Anschluss an den Bericht stellte Birte Könnecke die Pläne für das für den 2. Juli geplante debattencamp südwest vor. Viele Gäste haben bereits ihre Teilnahme zugesagt, darunter unsere Parteivorsitzende Saskia Esken und der baden-württembergische SPD Generalsekretär Sascha Binder. Auch die Themen stehen langsam fest. Details und fortlaufende Ergänzungen finden sich auf der Webseite zum debattencamp.

Kein Kreisparteitag ohne Delegiertenwahlen! Dieses Mal ging es um unsere Vertreter beim Kleinen Parteitag der Landes-SPD. Als Delegierte und Ersatzdelegierte wurden Birte Könnecke, Tanja Kühnel, Aaron Rau, Oswald Prucker, Philippa Stolle und Hartmut Hitschler gewählt. Vier von

ihnen werden uns am 7. Mai beim Kleinen Parteitag vertreten.



Die Kreispartei diskutierte in der abschließenden Aussprache lebhaft über die aktuelle Situation in der Ukraine. In der Diskussion wurde deutlich, dass einfache Lösungen schwer zu finden sind. Unter anderem wurde über ein mögliches Energieembargo gegen russische Lieferanten diskutiert. Damit zusammenhängend wurden die Bedenken darüber geäußert, ob weiter steigende Energiepreise in Deutschland sozial aufzufangen sind. Die aktuellen Hilfspakete aufgrund des Ukraine-Kriegs und aufgrund der Corona-Pandemie sorgen bereits für Löcher im Staatshaushalt. „Wenn wir uns selbst so sehr schädigen, dass wir finanziell nicht mehr leistungsfähig sind, können wir niemandem mehr helfen, auch der Ukraine nicht“, gab Takis Mehmet Ali, MdB im Wahlkreis Lörrach-Müllheim, der als Delegierter ebenfalls anwesend war, zu Bedenken. Schwarzelühr-Sutter sagte, man müssen einen Einklang von sozialer, nationaler und internationaler Sicherheit gewährleisten können.

Patrick Röttele

Parteitagsimpressionen:



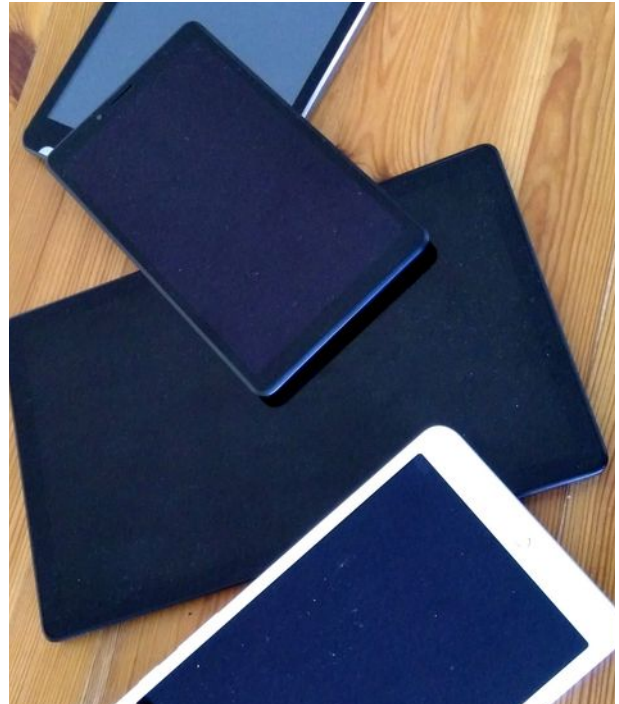


Fotos: Laura Petralito

Schultablets: Anschaffung auf Pump ist nicht nachhaltig

Der Landkreis hat vorgeschlagen, ein Drittel der Klassen der Kreisgymnasien und beruflichen Schulen mit Tablets auszustatten. Dazu braucht man 3.100 Geräte, von denen das Land 900 stellt. 2.200 Geräte müssten

zum stolzen Preis von 2,4 Millionen Euro angeschafft werden. Aus unserer Fraktion und besonders von mir kam große Kritik am Plan des Landratsamtes, die in der Badischen Zeitung natürlich recht verkürzt wiedergegeben wurde. Ich möchte den Sachverhalt und unsere Meinung dazu deshalb etwas genauer ausführen.



Wir stehen zu guter Bildung und sind davon überzeugt, dass Digitalisierung ein wichtiger Teil davon ist. Trotzdem sind wir dagegen, jetzt Tablets auf Kreiskosten anzuschaffen. Uns geht es dabei um folgende Punkte:

Der Kreis hat das Geld für die Anschaffung nicht. Die 2,4 Millionen Euro für die erste Tranche wird schon komplett über Kredit finanziert und dennoch wird nur ein relativ kleiner Teil der Schülerinnen und Schüler mit den Geräten ausgestattet. In den nächsten beiden Jahren kämen also noch

einmal die gleichen Kosten für die Anschaffung und danach dann für Ersatz von Geräten auf den Kreishaushalt zu. Gleichzeitig ist der Beschluss ein Einstieg in laufende Kosten, die nicht berücksichtigt werden: Sämtliche Folgekosten (mehr Stellen in der IT, Ausstattung, WLAN in allen Schulen überall, etc.) wurden nicht mitberechnet. Gleichzeitig ist die Haltbarkeit der Tablets eher gering. Man kann also nicht von einer Investition sprechen.

Das Argument „Bildungsgerechtigkeit“ zieht nicht, da die Kommunen durch ihre Kreisumlage diese Kredite refinanzieren müssen, selber aber kein Geld haben, um die Schulen in ihrer Trägerschaft ebenfalls auszustatten (Grundschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gemeinschaftsschulen). Hier werden ganz konkret die ohnehin (nicht immer, aber oft auch finanziell) privilegierten Schülerinnen und Schüler auf Kosten der schwächeren bessergestellt. Das halten wir für ein Unding und darauf bezieht sich der zitierte Ausschnitt aus der Badischen Zeitung.

Diejenigen von uns, die Kinder auf dem Gymnasium haben, können aus eigener Erfahrung sagen, dass es gerade dort kaum Kinder ohne eigenes Endgerät gibt. Das Argument, dass alle das gleiche Endgerät haben müssen, weil es sonst zu kompliziert ist, halten wir für nicht valide. Es ist wichtig, dass alle die gleichen Programme haben. Daher war unser Vorschlag, dass der Kreis die benötigten Softwarelizenzen zahlt

oder besser noch auf quelloffene Lösungen setzt. Das weitere Argument, dass keine Privatgeräte benutzt werden sollen, da dort nicht nur Schulprogramme drauf sind und dann damit Schindluder getrieben werden könnte, ist bei internetfähigen Endgeräten doch hoffentlich ein Scherz, oder?

Schülerinnen und Schüler, die kein Endgerät haben, sollten sich in der Schule kostenlos eines leihen können (auch über Jahre), aber diejenigen, die bereits gut bis sehr gut ausgestattet sind, jetzt noch eines zu finanzieren, während gleichzeitig kein Geld für soziale Aufgaben wie das Sozialticket vorhanden ist, das einen Bruchteil kosten würde und den Bedürftigsten die Teilhabe am normalen (mobilen) Leben ermöglichen würde, halten wir für den falschen Weg! Deshalb haben wir im Ausschuss der Anschaffung nicht zugestimmt.

Birte Könnecke

Flüchtlingshilfe ganz konkret

Seit 2 Wochen wohnen V* und ihre Söhne E* (8) und D* (5) bei uns. „Uns“ sind in diesem Fall mein jüngster Sohn (17) und ich, meine beiden älteren sind mittlerweile ausgeflogen. Dadurch hatten wir Platz zuhause und als der Krieg in der Ukraine begann und klar wurde, dass sehr viele Menschen ein neues Zuhause, mindestens mal temporär, brauchen würden, war uns gleich klar: Hier wollen wir helfen.

Ein spontanes Bedürfnis, das wir wohl mit den 230.000 Menschen teilen, die in kürzester Zeit bei Unterkunft-Ukraine Betten angeboten haben. Die Hilfsbereitschaft ist riesig und das ist großartig. Man muss sich nur auch klar machen, was es tatsächlich bedeutet, jemanden bei sich aufzunehmen. Und leider gab es auch schon Berichte über Kriminelle, die die Not der Menschen nur ausnutzen wollen.

Zu unserem Hintergrund: Ich habe meine drei Jungs alleine großgezogen und war immer berufstätig. Als Unterstützung hatte ich über viele Jahre Aupairs. Oft junge Männer aus Georgien, Usbekistan oder der Ukraine, die als Teil der Familie jeweils ein Jahr bei uns gelebt haben. Insofern kennen wir das Gefühl, mit einer fremden Person den Privatbereich zu teilen, unterschiedliche Kulturen und das Kommunizieren mit Händen und Füßen. Auch 2016 haben wir während der Flüchtlingswelle einen minderjährigen Jungen aus Sierra Leone als Pflegesohn bei uns aufgenommen.

Seit Beginn des Krieges engagiere ich mich hier in Freiburg in einem Direkthilfeverein, der schon mehrmals mit Bussen an die ukrainische Grenze gefahren ist, Hilfsgüter hingbracht und Flüchtlinge mit zurückgenommen hat. Diese haben wir größtenteils in privaten Familien untergebracht. Das „Matching“, also wer zu wem vermittelt werden kann, ist dabei eine der zentralen Aufgaben und kostet viel Zeit. Hier hilft mir meine Erfahrung als

Betreuerin von Austauschschüler*innen und die Gastfamilienbesuche, die ich in dem Rahmen seit vielen Jahren mache.

Derzeit betreuen wir ca. 90 Ukrainer*innen und ihre Gastfamilie in der Nachsorge. „Meine“ Ukrainer sind nicht über einen unserer Transporte gekommen, aber der Hilferuf erreichte uns, dass sie sofort untergebracht werden müssten und so landeten sie bei mir.



Dass es wunderbar funktioniert ist sicherlich auch dem Zufall oder Glück geschuldet, denn Sympathie lässt sich ja nunmal nicht erzwingen. Aber auch die Rahmenbedingungen passen. Wir leben hier auf dem Dorf, aber mit guter Busanbindung. E* geht bereits in die Grundschule und fühlt sich dort sehr liebevoll aufgenommen. Für D* klappt es hoffentlich nach Ostern mit dem Eintritt in den Kindergarten. V* kann hier ein bisschen zur Ruhe kommen, es gibt für die Jungen im Haus reichlich Spielsachen und genug Platz.

Der Alltag miteinander spielt sich immer mehr ein. Kommunizieren können wir mit

ein wenig Englisch und der Hilfe von Übersetzungs-Apps oder, wenn es mal kompliziertere Themen sind, über eine Dolmetscherin, die uns ehrenamtlich hilft. Neulich ist V* das erste Mal alleine zum Einkaufen gegangen und hat die beiden Kleinen bei mir gelassen. Ich weiß noch gut, wie kostbar sich solche kurzen Zeiten des Alleinseins anfühlen können. Und bin zutiefst gerührt über dieses Vertrauen mir gegenüber.



Was zwar gut gemeint ist, aber in den meisten Fällen nicht hilft, sind Aufnahmen, die nur ein paar Tage gut gehen (können). Dann ist es sowohl für die geflüchteten Menschen als auch für die Kreise und Kommunen einfacher, wenn es von Anfang an über die offiziellen Schienen läuft und sie zentral untergebracht und verteilt werden. Um langfristig jemanden bei sich zuhause aufzunehmen, braucht es neben dem Platz sehr viel Toleranz, Verständnis und Rücksichtnahme auf beiden Seiten. Die Sprachbarriere ist nicht zu unterschätzen und auch die unterschiedlich ausgeprägte Traumatisierung der Menschen. Der Krieg

mit all seinen Gräueln lässt sich nicht mehr ausblenden, wenn man im eigenen Haus die Verzweiflung miterlebt, weil der Kontakt zu den Eltern, Freunden, dem Vater der Kinder seit Tagen abgebrochen ist. Zwangsläufig kommt es einem so alles viel näher und nimmt einen auch viel mehr mit. Umso schöner, wenn man dann die Kinder einfach mal unbeschwert lachen hören darf. Und wenn es gut läuft, ist diese Erweiterung der Familie ein sehr schönes Erlebnis und eine Bereicherung auf so vielen Ebenen.

Birte Könnecke

Kaputte Bundeswehr Dank Union

Manchmal twittert man dann offensichtlich doch sehr unbedarft und vielleicht sogar nicht so ganz absichtlich die Wahrheit. So wie der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder Mitte März:



Diese Aussage ist das klare Eingeständnis, dass die Bundeswehr nach 16 Jahren Unionsführung aktuell eben nicht einsatz-

fähig ist. Jung, zu Guttenberg, de Maizière, von der Leyen und Kramp-Karrenbauer haben offensichtlich eine desolante Truppe hinterlassen. Ebenso klar: Söder traut Christine Lambrecht offensichtlich zu, den Laden binnen Jahresfrist wieder auf Vordermann zu bringen.

Oswald Prucker

Dividende statt Wohlstand

Nur zwei Überschriften von Meldungen auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de) vom 7. April 2022, die klar zeigen, was Merz wichtig ist.

CDU-Chef Merz über Verbraucherpreise

»Wir haben wahrscheinlich den Höhepunkt unseres Wohlstandes hinter uns«

Die hohe Inflationsrate wird die Bürger treffen, prophezeit Oppositionsführer Friedrich Merz. Für das sogenannte Sondervermögen für die Bundeswehr müsse die Ampel eine eigene Mehrheit aufbringen.

11.04.2022, 09.59 Uhr

Trotz Coronakrise

Deutsche Konzerne zahlen 70 Milliarden Euro Dividende – so viel wie noch nie

Im vergangenen Jahr sprudelten die Gewinne bei deutschen Konzernen trotz Pandemie – zu Freude ihrer Aktionäre: Ihre Ausschüttungen erreichen nun einen Rekordwert. Der Spitzenreiter ist in keinem Index gelistet.

07.04.2022, 16.11 Uhr

Dazu bemerkte *Birte Könecke* auf Twitter:



Dem ist nichts hinzuzufügen.

Oswald Prucker



Ein Radwegenetz „für den Alltagsverkehr“

Ein Radwegenetz „für den Alltagsverkehr“ ist das Ziel der Radegeplanung des Landkreises. Der Beschluss, dieses Netz zu planen, wurde schon vor gut zwei Jahren gefasst. Es gab schon „gute“ Gründe, warum sich das so verzögert hat, unglücklich ist es aber trotzdem. Dazu am Ende dieses Kommentares mehr. Umso besser aber, dass es jetzt los geht.

Das Verfahren dazu wurde im sperrig betitelten „Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Umwelt“, kurz aber genauso sperrig AWWuU, vorgestellt.

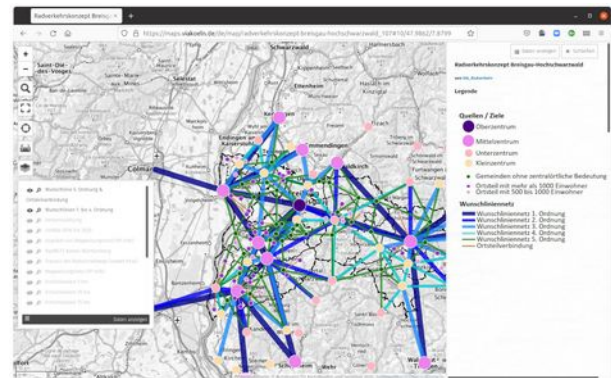
Ein schlüssiges Verfahren, das trotzdem nicht zum Traumradverkehrsnetz führen wird. Macht aber nix.



Vorneweg: Diese Planung wird zu einem guten Teil vom Land bezuschusst und folgt deshalb auch den Vorgaben von dort. Insofern sind Änderungen an diesem Verfahren auch nicht möglich. Es kommt darauf an, dass wir die Stärken des Verfahrens nutzen und uns der Schwierigkeiten bewusst sind. Das wäre bei jedem anderen Verfahren auch so. Ebenso ist klar: Ein Gesamtkonzept ist immer auch die optimale Lösung, die danach den Realitätscheck bestehen muss. Der besteht im Wesentlichen in dem was finanziell gestemmt werden kann. Das kann und wird man schon in der Planung berücksichtigen, aber trotzdem werden am Ende wohl mehr unbedingt sinnvolle Lösungen stehen, als finanziert werden können.

Vor diesem Hintergrund möchte ich in diesem Kommentar auch nicht auf den Prozess im Detail eingehen. Wer da interessiert ist, der darf sich bei mir melden, dann gehen wir das gemeinsam durch. Ich will eher darauf eingehen, was mir im Gesamtprozess wichtig ist. Diese

Punkte sind – nach meiner Wahrnehmung – alle im Prozess abgebildet.



1. Es ist richtig, groß zu denken. Das Verfahren bricht die Aufgabenstellung wirklich von oben herab runter. Es beginnt mit einem „Wunschliniennetz“, das mehr oder minder alles mit allem verbindet und bildet daraus dann Hierarchien. Dieses Netz gibt es schon, [man kann es hier durchforsten](#).

2. Alle lokalen Akteure werden eingebunden: Gemeinden, Verbände, das Regierungspräsidium, alle werden sehr frühzeitig in einem mehrstufigen Verfahren am Prozess beteiligt, d.h. örtliche Expertise wird angerufen.

3. Das gilt auch für die Bürgerbeteiligung. Dazu wird es ebenfalls recht früh im Prozess eine Karte im Netz geben, auf der man die geplanten Strecken kommentieren kann und Vorschläge machen kann. Ich habe insgesamt den Eindruck, dass das zum richtigen Zeitpunkt im Verfahren eingeplant ist. Dass es eben keine Feigenblatt-Beteiligung ist, bei der der Bürger erst was sagen darf, wenn eigentlich schon alles fertig ist und dann mit einem „Tut uns leid, das können wir jetzt nicht

mehr ändern!“ abg gespeist wird. Das ist aber der Punkt, auf den ich besonders achten will.

4. Die Planung erfolgt nicht am Reißbrett. Das gesamte betrachtete Netz wird befahren - und zwar mit dem Verkehrsmittel, um das es geht - mit dem Fahrrad. Dabei werden die örtlichen Begebenheiten mit Fotos, Videos und Notizen dokumentiert und fließen in die Planung ein. Die Planer mögen also ihr Büro in Köln haben, sie wissen aber trotzdem sehr genau, wo sie unterwegs sind.

Ich denke, daraus wird ein guter Plan entstehen, der den Kreis auch tatsächlich in seiner Gesamtheit erfasst und der dramatisch steigenden Bedeutung des Radverkehrs vor allem durch die E-Bikes gerecht wird. Den zunehmenden Radverkehr sieht man auf der Straße und es wird Zeit, dass Radverkehr und Autoverkehr stärker voneinander getrennt werden.

Die Planungsergebnisse werden trotzdem nicht alle zufrieden stellen. Vermutlich wird jeder an der einen oder anderen Stelle Kritik haben. Bestimmt wird es vielleicht auch wegen vorhandener Strecken mal Umwege geben und nicht jede Fahrbahnüberquerung wird so ganz problemlos sein. Es wird auch Engstellen geben, an denen mehrere Verkehrsarten miteinander irgendwie durchgefädelt werden müssen. So ist das Leben, das ändert nichts am Gesamtergebnis.

Ein großer Knackpunkt sei aber noch benannt: Das gesamte Konzept orientiert sich an den [derzeit geplanten Radschnellwegen](#). Hier liegen Machbarkeitsstudien für alle Himmelsrichtungen vor und alle zeigen eine Nutzungspotential, das eigentlich dazu führen sollte, dass diese Strecken vom Land Baden-Württemberg gebaut und finanziert werden sollten. Das wird vermutlich nicht so kommen und dann wird es deshalb schwierig, als dann alles auf den Landkreis zurückfällt. In diesem Falle werden viele schwungvolle Linien im Konzeptplan noch sehr lange Wunschdenken bleiben. Ich möchte aber trotzdem optimistisch bleiben, denn in Sachen Verkehr ist derzeit doch sehr viel Musik drin.

Diese Musik, diese Dynamik ist auch wichtig, denn so wirklich vorangekommen sind wir ja noch nicht. Das bringt mich an den Anfang dieses Berichts zurück: Die lange Anlaufphase des Projekts seit dem Beschluss in 2019. Die wurde von Albrecht Simon, dem Verkehrsdezernenten des Landratsamtes, mit der Verzögerung der Machbarkeitsstudie für den Radschnellweg zwischen Breisach und March begründet. Und warum hat sich die verspätet? Weil man den Streckenverlauf der ebenfalls geplanten B31 West abwarten musste. Das Auto regiert also nach wie vor die Verkehrsplanung. Ich finde, das muss sich rasch ändern.

Oswald Prucker

Es liegt in der DNA dieser Partei

Die große CDU-Lichtgestalt Konrad Adenauer ließ über Jahre hinweg die SPD ausspionieren. Er nutzte dazu ganz selbstverständlich staatliche Einrichtungen, in diesem Fall einen Staatssekretär und den Bundesnachrichtendienst. Der Staatssekretär war selbstverständlich Alt-Nazi und der BND ist eigentlich für die Auslandsaufklärung zuständig. Aber in bester CDU-Tradition werden der Staat und seine Organe eher so als eine Parteigliederung gesehen.



Insgesamt ist die Enthüllung der Süddeutschen Zeitung letztlich nur der letzte Baustein in einer durchgängig unrühmlichen Tradition dieser Partei. Man macht Altnazis zu Bundeskanzlern (Kiesinger) und

Ministerpräsidenten (Filbinger), professionalisiert die Parteipendenschmierereien durch die Wirtschaft (Kohl) und wird selbst dann noch Bundestagspräsident, wenn man dazu nachweislich lügt und die Aufklärung verhindert (Schäuble). Für eine ganze Reihe von Abgeordneten kommt schließlich die Pandemie ganz wunderbar gelegen, weil man die Notlage des Staates für üppige Provisionen hervorragend ausnutzen kann. Wahrscheinlich alles irgendwie legal und nach Moral fragt man ohnehin nicht.



Keine Frage: Es gab in allen Parteien irgendwann mal Skandale und Fehlverhalten. Auch in meiner SPD. Der Unterschied bei der CDU ist aber die Durchgängigkeit solchen Verhaltens. Man wird zu jedem Zeitpunkt der Nachkriegsgeschichte erhebliche Beispiele finden. So erheblich,

dass Jens Spahns 9.999-€-Dinner gar nicht so wirklich in die Waagschale fallen.

Was vielleicht noch viel schwerer wirkt: Die CDU-Basis stört das überhaupt nicht. Es fehlt jegliches Unrechtsbewusstsein und mehr noch: Die Herren werden offen dafür bewundert. So macht das ein gestandener Mann. Solche Aussagen habe ich immer wieder gehört. Auf Rückfrage konnte man da beim besten Willen nichts verwerfliches erkennen. Das gleiche Schema sehe ich auch auf kommunalpolitischer Ebene bei dieser Partei immer noch und immer wieder.

Das lässt nur einen Schluss zu: Lug, Betrug und Korruption sind Bestandteil der DNA dieser Partei. Es gehört zum Innersten, zum Wesen der CDU.

Oswald Prucker

Das SPD-Intranet ist ein Rotes Netz

Wir sind ja sehr viel auf allen möglichen digitalen Kanälen unterwegs und erreichen damit auch oft sehr viele Menschen. Facebook, Twitter, YouTube und Instagram sind da die großen Plattformen. Auch eine WhatsApp-Gruppe gibt es.

Unsere Facebook-Seite wird von deutlich über 1.400 Menschen gefolgt und einzelne Einträge erreichen schnell mal über tausend Nutzer. Rund fünfhundert sind es eigentlich immer, manchmal auch mehrere

Tausend. Twitter und Instagram kommen da nicht mit, aber haben beide auch eine treue Fangemeinde.



Mir ist nun allerdings bewusst, dass sich viele Genossinnen und Genossen von diesen Plattformen fern halten und das kann ich sehr, sehr gut nachvollziehen. Der Landesverband hat deshalb ein Intranet eingerichtet. Eine Plattform nur für uns Genossinnen und Genossen. Sie nennt sich das „Rotes Netz Baden-Württemberg“, es ist seit rund einem Jahr am Start und wird nach meinem Empfinden leider unterschätzt. Ich möchte mal sehen, ob ich das ändern kann und Euch ein Angebot machen.

Ich stelle seit ein paar Wochen so ziemlich alle Inhalte, die wir über unsere Webseite oder die Sozialen Medien verbreiten, jetzt auch ins Rote Netz und dort in unseren Raum mit dem schönen Namen „KV Breisgau-Hochschwarzwald“. Wer diesem Raum beitrifft und dem so ein bisschen folgt, weiß immer sofort, was bei uns los ist.

Inhalte einstellen darf dabei nicht nur ich oder Vorstandsmitglieder, das darf jede und

jeder von uns und richtig genutzt ergibt das tolle Möglichkeiten, um sich zu informieren, in Kommentaren sich auszutauschen und vieles mehr, das man nach und nach entdecken kann. Sogar Videokonferenzen kann man machen und das funktioniert sehr gut!

Der Raum hat derzeit nur 30 Mitglieder und 19 weitere folgen den Inhalten. Das dürften gerne ein paar mehr sein ... und da darf auch gerne etwas Leben in die Bude.

Es ist nach meiner Meinung eben gerade nicht noch so ein Angebot, sondern eines, das uns frei macht von den großen amerikanischen Konzernen, das unsere Daten nicht nach dorthin ausliefert, um uns im günstigsten Fall nicht noch doofere Werbung zu zeigen und auch eine Plattform, die einen geschützten Raum bietet.

Das rote Netz hat viele Räume, z.B. auch thematische. Da geht es dann um Arbeit oder Bildung, um Digitalisierung oder Pflege und Gesundheit. Auch da kann man gerne mal reinschnuppern.

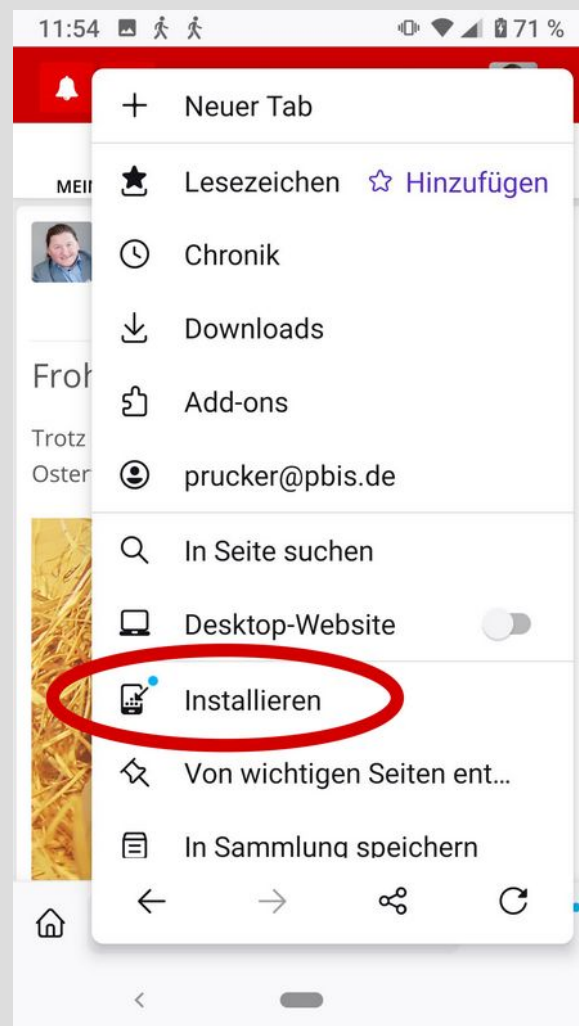
Sowas funktioniert doch nicht? Falsch. Ich kenne die dahinterliegende Software auch von anderen Organisationen. Dort wird das als „digitales Vereinsheim“ genutzt und funktioniert sehr gut und immer besser.

Ich würde mich freuen, wenn wir unserem Kreisverbandsraum etwas Leben einhauchen könnten und freue mich auf viele neue Mitglieder im Roten Netz.

Oswald Prucker

TIPPS & TRICKS ZUM ROTEN NETZ

Das Rote Netz funktioniert auch mobil hervorragend. Einfach im Browser öffnen. Unter Firefox und Chrome kann man das Netz auch auf dem Handy installieren.



Nachtrag: Es gab wohl am Anfang Probleme mit der Anmeldung, aber dafür gibt es jetzt auf der Startseite einen Hilfelink und auch Markus Schupp vom Regionalzentrum kann da helfen und tut das gerne.

Rückständiges Deutschland

Der Rücktritt vom Anne Spiegel zeigt endlich klar und deutlich auf, wie rückständig unsere Politik in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf im politischen Bereich ist.



Meine Geduld ist genau an der Stelle zu Ende, an welcher sich andere Menschen ohne Kinder und Menschen, die einer komplett anderen Generation angehören, sich anmaßen, ein Urteil über die heutige Lebensrealität von uns Frauen, Müttern und Familien zu erlauben!

Mit Anne Spiegel verliert Deutschland eine unglaublich tolle Person in der Politik und eine leidenschaftliche Familienministerin.

Ich kann Ihren Rücktritt zu 100% verstehen und bedaure diesen sehr.

Unsere Welt und unsere Politik wird leider auf allen Ebenen immer noch allzu oft von alten, weißen Männern mit sehr rückständigen Einstellungen gemacht und das Einzige, was wir dagegen machen können, ist, uns politisch einzubringen und dem etwas entgegen zu setzen.

Anne Spiegels Situation zeigt, dass dieser Kampf noch lange nicht zu Ende ist.



Anne Spiegel – Foto: Sven Teschke, CC BY-SA 3.0 de, commons.wikimedia.org

Wo in der Wirtschaft und in vielen Berufen Elternzeit, ja Lebenszeitmodelle, gängige Praxis sind, steht die Politik noch am Anfang und hat mehr Fragen als Antworten.

Hoffen wir, dass es dennoch weiterhin genug Frauen gibt, die die Motivation finden, sich politisch einzusetzen und für eine Veränderung zu kämpfen.

Jennifer Sühr

KAMPAGNE GEGEN SPIEGEL

Hinter der Kampagne gegen Spiegel steckt auch eine reaktionär-konservative Werbeagentur eines ehemaligen CSU-Abgeordneten. Der feierte den Rücktritt mit diesem widerlichen und dann auch schnell gelöschten Tweet:



Medien-Ecke Doxing

Doxing – was es ist und warum man es nicht unterschätzen darf.

Wie so oft kommt auch das Wort Doxing aus dem Englischen – dox ist die Abkürzung von documents (Dokumente). Doxing (oder auch Doxxing) steht für internetbasiertes Zusammentragen von personenbezogenen Daten und deren anschließende Veröffentlichung. Eine Person oder auch Gruppe sammelt öffentlich zugängliche Daten einer anderen Person, wie z.B. Wohnort, Arbeitsstelle, Mobil-/Telefonnummer, Emailadressen, Bankdaten, private Fotos, Social Media Konten, Namen und Adressen

der Eltern, Daten von Familienangehörigen und Freunden usw..

Die Motive beinhalten nahezu immer böse Absichten. Eine Doxing-Attacke läuft in zwei Schritten ab. Erster Schritt: Datensammlung – zweiter Schritt: Datenveröffentlichung.

Opfer sind oft Menschen, die eine Beziehung beendet haben und Doxing hier dann zur Rache dient. In den letzten ca. 5 Jahren musste jedoch festgestellt werden, dass besonders Personen im öffentlichen Leben betroffen sind – Politiker*innen, Journalist*innen, Menschen, die sich politisch und/oder gemeinnützig engagieren. Sie werden immer häufiger und massiver von Menschen angegriffen, die andere Ideologien vertreten.

In der Regel soll die Datenveröffentlichung die Person persönlich schädigen.

„Die darauffolgende Veröffentlichung der Daten geht meist mit einem Aufruf einher, der betroffenen Person zu schaden, sie öffentlich zu bedrohen und per Mail, Telefon oder Chat in den sozialen Medien zu belästigen. Vom Doxing erfährt man meistens erst, wenn die Daten bereits veröffentlicht sind und man massenhaft Beschimpfungen und Bedrohungen per E-Mail oder Messenger erhält. Ziel ist es, die betroffene Person einzuschüchtern. Es soll der Eindruck entstehen, der Täter wisse alles über eine Person. Zudem wird mit körperlicher Gewalt gedroht, oft auch mit schwerwiegenden Taten wie

Vergewaltigung und Mord. Vom Täter werden zudem andere Menschen dazu aufgefordert, Hassnachrichten an die veröffentlichte Mailadresse und Telefonnummer zuzusenden. Die betroffene Person wird dadurch massiv eingeschüchtert.“

(Quelle: Polizeiberatung.de)

Das Opfer (und mit ihm oft auch seine Familienangehörigen) verliert seine Anonymität und seine Privatsphäre.

Ein prominentes und aktuelles Beispiel ist Gesundheitsminister Karl Lauterbach, wie gerade bekannt gewordene Entführungspläne zeigen. Weiter lässt der momentane Aufruf in diversen Telegram-Kanälen nichts Gutes erahnen. Es werden gezielt Daten von Abgeordneten gesammelt, die bei der Abstimmung für eine Impfpflicht votiert haben. Man spricht erneut von „Feindeslisten“.

Ehrenamtliche Helfer*innen, Bürgermeister*innen, Mandatsträger*innen – ob nun auf kommunaler Ebene oder sogar bei unserem Ministerpräsidenten ... sie alle befinden sich u.a. im Fokus von Demokratiefeinden, Rechtsextremen, Querdenkern und anderen verfassungsfeindlichen Gruppierungen. In einer Zeit, in der Autos und Büros von Mandatsträgern beschädigt werden und Fackelzüge oder skandierende Aufmärsche vor den privaten Wohnräumen stattfinden, gilt es umso mehr darauf zu achten, dass diese Menschen geschützt werden.

Und zu diesem Schutz gehören auch unsere persönlichen und privaten Daten im Netz.

Mit diesem Hintergrund habe ich vor kurzem die Fraktionsvorsitzenden in meinem OV darauf aufmerksam gemacht, dass nahezu alle Ratsmitglieder mit ihren privaten Daten (private Emailadresse, Privat- und/oder Mobilnummer, Wohnort) auf den Internetseiten der Gemeinden abgebildet sind.



Ich möchte allen Rät*innen empfehlen, hier nochmals genau drüber zuschauen und zu prüfen, ob die einzusehenden privaten Angaben noch immer eurem Einverständnis zur Veröffentlichung entsprechen. Möchtet ihr, dass eure private Adresse, eure private Telefonnummer oder private Email für alle abrufbar ist? Möchtet ihr vielleicht nur einen Teil der Daten bekanntgeben oder vielleicht auch gar keine Daten? Klärt das für euch und lasst es ggf. anpassen.

Ich finde hierzu sehr empfehlenswert, wenn Gemeinden ihren Ratsmitgliedern eine „gemeindeeigene“ Emailadresse geben, wie z.B. in Tit.-Neustadt „gemeinderat.musterfraumann@titisee-

neu...“. Zum einen werden die persönlichen Daten von Mandatsträger*innen besser vor Zugriff vor Doxing-Attacken geschützt - zum anderen beinhaltet dies auch eine gewisse Wertschätzung der Gemeinde zu ihren RätInnen und ein wenig mehr Zugehörigkeit und Bindung an die Gemeinde ist damit auch gegeben. Nahezu alle Rats- Informations- und Arbeitssysteme geben diese Möglichkeit her. Und weiter gibt es dem Ratsmitglied, welches irgendwann aus dem GR ausscheidet, eher die Möglichkeit, mit seiner persönlichen Emailadresse zu "privatisieren". Vielleicht wäre das ein Thema oder eine Anregung von uns SPD-Fraktionen in den Gremien.

Abschließend möchte ich anmerken, dass es immer gut ist, einmal über seine Daten und Bilder im Netz zu schauen – auf eigenen Seiten, Seiten von unseren Vereinen oder Verwaltungen, Seiten von Arbeitgebern oder auf unseren Social Media Kanälen. Wenn das alles für euch so passt, ist es OK. Andernfalls solltet ihr Einträge über euch abändern oder auch löschen lassen.

Hier noch ein Link zur offiziellen Seite „Polizei-Beratung“ in Sachen Kriminalprävention – speziell zu Doxing. Insgesamt findet ihr auf der Seite aber auch jede Menge andere gute Infos zu diversen Themen.

[Was ist Doxing?
polizei-beratung.de](https://www.polizei-beratung.de)



Wie immer dürft ihr euch gerne bei mir melden, wenn ihr Rückfragen habt. Und auch sonst könnt ihr mit euren Anliegen, Anfragen, Wunschthemen usw. gerne auf mich zukommen.

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Aus Neujahrsempfang wird Osterempfang wird Frühjahrs-empfang ...

An eine große Präsenzveranstaltung bislang nicht zu denken. Deshalb haben wir unseren für Anfang Januar vorgesehenen Neujahrsempfang sehr tief in das Frühjahr verschoben:

30. April 2022 ab 18 Uhr.

Der Empfang findet in diesem Jahr im Perron in Breisach statt. Das Perron liegt direkt am Bahnhof. Es wird für jeden Gast ein Abendessen geben.

Unser Gast wird unser Bundestagsabgeordneter Takis Mehmet Ali, der uns von seiner Arbeit im Parlament berichten wird.



Anmeldung bitte bis zum 27. April [unter diesem Link](#) oder diesem QR Code.



Bilder: perron-breisach.de

Kleiner Landesparteitag in Stuttgart

Der kleine Landesparteitag am 7. Mai 2022 in Stuttgart rückt Kinder und Jugendliche in den Fokus. Die junge Generation musste über lange Zeit zurückstecken – jetzt ist es an uns, massiv in ihre Zukunft zu investieren. Alle jungen Menschen sollen ihre Ziele erreichen und ihre Persönlichkeit entwickeln können.



Wir wollen verhindern, dass die Generation Corona eine verlorene Generation wird. Eine Generation, die durch die Pandemie langfristig in ihrem Leben benachteiligt ist.

Für die SPD Baden-Württemberg ist klar: Kinder und Jugendliche sind nicht nur Baden-Württembergs Zukunft. Sie sind unsere Gegenwart und haben jetzt ein Recht darauf, mit ihren individuellen Bedürfnissen gehört zu werden.

Sie müssen ab sofort nicht nur bei allen Entscheidungen mitgedacht, ihre Interessen müssen jetzt vorrangig berücksichtigt werden. Deshalb widmen

wir unseren Landesparteitag den Kindern und Jugendlichen.

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG:

- Beginn 12:00
- Begrüßung (Stellv. Landesvorsitzende Jasmina Hostert, MdB)
- Grußworte
- Konstituierung
- Rede des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch, MdL
- Aussprache
- Antragsberatung
- ca. 17:00 Schlusswort (Generalsekretär Sascha Binder, MdL)

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zu unseren Online-Kreisstammtischen! Das sind die nächsten Termine:

- **Dienstag, 10. Mai,**
- **Montag, 13. Juni.**



Wir beginnen immer um **19:00 Uhr.**

Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm. Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387.

Mit dem Mobiltelefon oder Tablet geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.



WIR IM NETZ

Kommt regelmäßig auf **spd-breisgau-hochschwarzwald.de** und zu Facebook, Instagram, Twitter oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald.**

Dort sind wir aktueller als im Mitgliederbrief und dort gibt's die meisten Infos einfach viel schneller.



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion: Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke